

Noch in dieser Ausgabe:

Wettbewerb in Südamerika	S. 3	Wenn das Volk entscheiden darf	S.10
„Pro Reli“ - nicht mit uns	S. 4	Mehr Geld für Kinder reicher Eltern	S.10
Das Fundi-Gespenst geht um	S. 6	Bericht aus der BVV	S.12
Ist die Bundesbank pleite?	S. 7	Ein schwerer Verlust	S.13
Rentnergespräch:		Auf Safari im Wedding	S.14
Luigi ist frohen Mutes	S. 8	Veranstaltungen und Bürgerangebote	S.16

uff'n wedding

Kiezzeitung vom LinksTreff

Rot-rot-grüne Zukunftskonstellation

Was kommt nach Hartz IV?

Podiumsdiskussion mit Nachwuchspolitikerinnen im Wedding

Ein Bericht von Thomas Kilian

„Eine Runde, wo alle gegen den Arbeitszwang sind, ist auch mal angenehm“, freute sich Katja Kipping, stellvertretende Bundesvorsitzende der LINKEN bei einer Podiumsdiskussion im Wedding. Neben ihr saßen Franziska Drohsel, Bundesvorsitzende der Jusos, und Jenna Kowalski vom Bundesvorstand der Grünen Jugend auf der Bühne des Hauses der Jugend vor rund 80 Interessierten. Und das, obwohl zeitgleich Deutschland gegen Kroatien spielte. DIE LINKE im Wedding hatte die Veranstaltung organisiert.



Jenna Kowalski, Katja Kipping, Franziska Drohsel und Susanne Götze (v.l.)

In den Details gab es aber schon beträchtliche Unterschiede zwischen den jungen Frauen über das, was nach Hartz IV kommen sollte.

Drohsel wollte eine Grundsicherung für Bedürftige – allerdings ohne Sanktionen für Arbeitsverweigerer. Kowalski und Kipping bevorzug-

ten das bedingungslose Grundeinkommen. Die Grünen bewegte sich dabei nahe an der neoliberalen Linie. Nur 800 Euro im Monat und eine Mehrwertsteuer von 25 Prozent, bedeuteten eine reale Kaufkraft von nur 750 Euro, wandte ein Zuhörer ein. Auch Drohnel warnte davor, dass eine höhere Mehrwertsteuer vor allem Ärmere treffe.

Katja Kipping plädierte für ein Grundeinkommen von 950 Euro, das vor allem aus ei-

Kipping sprach sich gegen die Überbewertung der Erwerbsarbeit aus. In der Bundesrepublik würden 56 Milliarden Stunden Erwerbsarbeit im Jahr geleistet, aber 96 Milliarden Stunden unbezahlter Arbeit.

Drohnel warnte vor „Gleichmacherei unter ungleichen Bedingungen“ und bestand vor allem darauf, dass Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, z.B. in einem Öffentlichen Beschäftigungssektor. „Die Leute wollen doch



Bereits vor Beginn der Veranstaltung wurde heiß diskutiert

ner Sozialabgabe auf Einkommen sowie verschiedener Kapitalsteuern bezahlt werden sollte. Wichtig war ihr die Umverteilungskomponente: Trotz des Grundeinkommens sollte das obere Drittel der Einkommenspyramide letztlich deutlich weniger in der Tasche haben. „Damit haben wir eine Art nachgelagerte Bedürftigkeitsprüfung“, sagte sie. Mit dem Grundeinkommen werde man auch dem Problem der zwei Millionen verschämten Armen Herr, die aus Angst vor Stigmatisierung ihnen zustehende Sozialleistungen erst gar nicht beantragen.

arbeiten.“ Bei letzterem war man sich wieder einig, ebenso bei der Forderung nach Mindestlöhnen und Arbeitszeitverkürzung. So wollte man zum Abschluss denn auch im Gespräch bleiben. Allerdings warf jemand aus dem Publikum ein, dass Erwerbsarbeit kein Selbstzweck sein dürfe. Mit Ein-Euro-Jobs und Niedriglohnsektor drohe eine „Vollbeschäftigung des Grauens“.

Mit ihren sozialpolitischen Forderungen sind die Nachwuchspolitikerinnen ein Stück sozialer als ihre jeweiligen Parteien, auch wenn die Finanzierbarkeit und der Übergang zu einem

neuen System diesmal offen blieben. Moderatorin Susanne Götze sprach angesichts der Übereinstimmungen von einer „rot-rot-grünen Zukunftskonstellation“.

Philipp Mißfelder, Bundesvorsitzender der Jungen Union, wollte sich in diese zukunfts-trächtige Runde nicht einreihen. Er hatte auf die Einladung gar nicht reagiert.

Nach der Veranstaltung gab es im Cafe Cralle noch reichlich Gesprächsstoff. (Foto rechts)

Fotos: Ralf-Peter Engelke



Positive Erfahrungen aus vielen Ländern

Wettbewerb in Südamerika

BIEN-Kongress: Grundeinkommensidee findet globale Resonanz

Am 21./22.Juni fand in Dublin (Irland) der 12. Weltkongress des „Basic Income Earth Network“ (BIEN) statt. Das Thema Grundeinkommen ist nun auf allen Kontinenten angekommen.

„Nichts ist stärker als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Dieses von Victor Hugo stammende Zitat beschreibt die Stimmung auf dem 12. internationalen Kongress für Grundeinkommen. Insgesamt 92 Referenten präsentierten in Dublin rund 260 Teilnehmern ihre Erfahrungen und gaben Denkanstöße.

Besondere Aufmerksamkeit zogen die Berichte aus Südamerika auf sich. Das Programm »bolsa familia« garantiert in Brasilien mittlerweile 46 Millionen bedürftigen Menschen ein Minimaleinkommen. Und es gibt Bemühungen, dieses zu einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle 188 Millionen Brasilianer weiterzuentwickeln. Rubén M. Lo Vuolo vom sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut ciepp in Buenos Aires (Argentinien) sieht in Südamerika sogar »eine Art Wettbewerb, welches Land das Grundeinkommen zuerst einführt“.

Gerade arme Länder auf der Südhalbkugel sind beim Grundeinkommen weit vorangeschritten. In Afrika gibt es lokale Projekte in Namibia, Sambia und Äthiopien. Guy Standing von der britischen Universität Bath berichtete aus Namibia, das erhaltene Geld werde keineswegs verschwendet, sondern für Nahrung, Gesundheitsvorsorge, Bildung und Beteiligung am Gemeinwesen ausgegeben.

Trotz der länderspezifischen Unterschiede wurde in Dublin auch der integrative Charakter des Konzepts deutlich. In der Forderung nach einem Grundeinkommen für alle sind sich Menschenrechtler, Armutsbekämpfer, Feministinnen, Öko-Aktivisten und Vertreter von Religionsgemeinschaften einig.

Positiv auch das Fazit von Katja Kipping: Die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei zeigte sich sehr erfreut über die Resonanz. Sie kehre hoch motiviert zurück, weil das Thema Grundeinkommen viele Menschen »infiziert« habe.

Quelle: ND vom 23.Juni (Auszug)

Autor: Robert Krüger-Kassissa

DIE LINKE im Wedding

Moralischer Ersatzdienst für Religionsunterrichtsverweigerer

„Pro Reli“ – nicht mit uns

Es gibt zwei Möglichkeiten, Unterricht an Berliner Schulen zu organisieren. Die erste ist, Schülerinnen und Schüler nach religiösen Überzeugungen zu trennen und ihnen ein Gefühl der Unterschiedlichkeit zu vermitteln. Wer katholisch ist, wird von den anderen zur Glaubensunterweisung separiert. Wer evangelisch oder muslimisch ist, soll auf keinen Fall mit jungen Menschen anderer Weltanschauung in einen gemeinsamen Unterricht gehen. Diese Forderung wird von der Initiative „Pro Reli“ in ihrem Volksbegehren erhoben.

Die Alternative bietet das derzeitige Berliner Schulgesetz. Alle jungen Menschen, gleich welcher Religion oder Weltanschauung, gehen gemeinsam in einen werteorientierten Ethikunterricht und diskutieren dort über Werte, Humanität und Weltanschauung. Menschen lernen in gemeinsamer Diskussion ihre unterschiedliche weltanschauliche Tradition kennen und verstehen. Dies ist ein zutiefst humanistischer Ansatz, der ein interkulturelles Zusammenleben erleichtert.

Die Berliner Initiative „Pro Reli“ möchte dagegen Religionsunterricht zu einem Pflichtfach an den Berliner Schulen machen. Mit diesem Schritt soll die Trennung von Schule und Religion, wie sie sich in Berlin seit Jahrzehnten bestens bewährt hat, aufgehoben werden. Die Initiative „Pro Reli“ möchte zurück in die Zeit der religiösen Zwangsindoktrination der Schülerinnen und Schüler. Geprägt wird diese Initiative von einem Weltbild des unmündigen Menschen. Der Mensch muss zu seinem religiösen Glück – wenn es sein muss, auch mit Zwang – gebracht werden. Die eigene, freiwillige Entscheidung für oder gegen einen Religionsunterricht erscheint den Initiatoren von „Pro Reli“ wie eine Bedrohung. Durch den Zwang der religiösen Unterweisung sollen die ungläubigen Schäfchen zurückgeführt werden. Dies ist ein Missionsverständnis, das mit einem modernen Verständnis von Humanität, Interkulturalität und einem fortschrittlichen Bildungsideal nicht vereinbar ist.



Berliner Kreuzritterorden ...

Gerade in einem interkulturell so vielfältigen Bezirk wie Wedding ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schülern mit den unterschiedlichsten humanistischen oder religiösen Traditionen gemeinsam über Ethik und Moral diskutieren. Im Wedding gibt es über 100 verschiedene Religionen und Weltanschauungen. Ziel einer fortschrittlichen Bildungspolitik sollte darin bestehen, dass sich diese unterschiedlichen Glaubens- und Denktraditionen kennenlernen und gegenseitig akzeptieren. Deshalb ist der heute für alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 10 gemeinsam durchgeführten Ethikunterricht der richtige Weg.

DIE LINKE im Wedding sieht sich in der Tradition der „weltlichen Schulen“. Diese Schulen haben in Berlin vor allem in der Zeit von 1922 bis 1933 bestanden. Weltlichen Schulen zeichneten sich vor allem durch Konfessionsfreiheit und pädagogische Reformen aus. Nicht mehr die Religion, sondern der Mensch stand im Mittelpunkt des pädagogischen Erziehungsauftrages der Schulen. Es ist gerade der Tradition der weltlichen Schulen zu verdanken, dass sich heute auf der Grundlage der Trennung von Staat und Religion ein pädagogisches Konzept an den Berliner Schulen durchgesetzt hat, das Toleranz und Verstehen und nicht Trennung und Konfessionalität fördert.

Jeder Mensch hat ein Recht auf Religiosität – genau wie jeder Mensch ein Recht hat, keiner Religion und keiner Glaubensrichtung anzugehören. Humanistische Wertevermittlung und Toleranz gegenüber anderen Grundüberzeugungen sind ein wichtiger Beitrag zum interkulturellen Zusammenleben. Alle Versuche, an Schulen, Universitäten oder in staatlichen Räumen Bekehrung und Mission zugunsten einer Religionsgemeinschaft durchzuführen, lehnen wir entschieden ab. Religion muss in Berlin weiterhin Privatsache bleiben!

„Pro Reli“ schafft nicht mehr, sondern weniger Wahlfreiheit an den Schulen. Heute kann sich jede Schülerin und jeder Schüler frei für einen religiös oder weltanschaulich gebundenen Unterricht entscheiden. Diese Regelung soll durch den Gesetzesentwurf von „Pro Reli“ völlig umgekehrt werden. In Zukunft sollen Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen, gezwungen werden, das Fach Ethik zu belegen. Ethik würde damit zu einem „moralischen Ersatzdienst für Religionsunterrichtsverweigerer“.

„Pro Reli“ möchte den allgemeinbildenden staatlichen Unterricht mit religiösen Bekenntnissen vermengen. Damit soll die notwendige Trennung von Kirche und Staat, die im Berliner Schulsystem eine gute Tradition hat, aufgelöst werden. Die Initiatoren des neuen Gesetzes erhoffen sich so, mit einer religiösen „Zwangsunterrichtung“ neue Mitglieder für ihre Kirchen zu gewinnen.

Berlin ist eine religiös vielfältige – aber in weiten Teilen auch weltliche Stadt: 58 Prozent aller Berlinerinnen und Berliner gehören keiner Religionsgemeinschaft an, 22 Prozent sind evangelisch, 9 Prozent sind katholisch. Dieses Verhältnis scheint den Missionaren des Volksbegehrens nicht zu gefallen.

Berlin hat mit dem gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen. In Berlin wird gezeigt, wie pädagogisch unterschiedlichste religiöse und weltanschauliche Grundüberzeugungen gemeinsam über Werte, Humanität und gesellschaftliche Entwicklung diskutieren können. Deshalb lohnt es sich, aktiv für die Erhaltung dieses Konzeptes zu streiten. DIE LINKE im Wedding wird sich deshalb gegen das Volksbegehren „Pro Reli“ stellen.

*Uwe Hiksches
DIE LINKE im Wedding*

CDU kämpft gegen den „Islamismus“

Das Fundi-Gespenst geht um

Falsch verstandene Verfassungstreue gefährdet Integration

Der Kampf gegen islamistische Fundamentalisten geht manchmal nahtlos über in eine regelrechte Islamfeindlichkeit. So hat auch der BVV-Verordnete Hagen Streb von der CDU in letzter Zeit immer wieder das fundamentalistische Gespenst gesehen, wenn sich Moslems engagieren – und wie deutsche Initiativen auch – sich um Zuschüsse bemüht haben.

Als erstes machte er Stimmung gegen den Verein Morgenland, der nun in der Brunnenstraße einen Kindergarten eröffnet hat. Der 24-jährige Vorsitzende hatte als Teenager ein Gedicht im Internet veröffentlicht, in dem er gegen Ungläubige hetzte. Er distanzierte sich zwar von dieser „Jugendsünde“, aber auch das Bezirksamt verlangte seinen Rücktritt. Daneben wurde dem Vorstand eine Art Aufpasser zur Seite gestellt und verlangt, dass in der Kita auch deutsche ErzieherInnen die Kinder betreuen. Laut Jugendstadtrat Rainer Maria Fritsch gab es damit keine Möglichkeit mehr, den Betrieb zu verweigern. Aber man werde ein Auge auf die Morgenland-Kita haben. Wie es aussieht, wird sie die bestkontrollierte Kita Berlins werden. Nur Streb ist immer noch nicht zufrieden: Die Verantwortlichen hätten sich „einlullen“ lassen.

Noch während die Diskussion um die Morgenland-Kita lief, brachte Streb die Forderung auf den Tisch, mit dem Interkulturellen Zentrum für Dialog und Bildung (IZDB), einem Kulturzentrum mit Moschee in der Drontheimer Straße, sollte der Bezirk keine Projekte mehr durchführen. Dabei berief er sich auf eine Studie von Claudia Danschke, die für das Zentrum für Demokratische Kultur (ZDK) herausgefunden hatte, dass befreundete Organisationen des IZDB konkrete Überlegungen über einen Gottesstaat anstellen. Der soll freilich nicht durch Gewalt sondern durch Missionierung errichtet werden. Danschke spricht da-

her von einer „subtilen Verfassungsfeindlichkeit“.

Sehr viele Moslems träumen von einer islamischen Gesellschaft. Nur wenn man mit ihnen in einen Dialog kommt, wird man sie überzeugen können, dass unsere Trennung von Religion und Staat gerade ihnen als Minderheit viele Vorteile bringt. Danschke ist aber sehr streng mit diesen Menschen. Sie will den Dialog nur mit Moslimen, die ihrer engen Auffassung von Verfassungstreue entsprechen. Gefragt, mit welchen Moscheen im Soldiner Kiez, wo das IZDB und eine Hand voll weiterer Moscheen liegen, man unbedenklich zusammenarbeiten könne, wusste sie keine einzige zu nennen.

Das wichtigste Projekt des IZDB sind die Deutschkurse in der Moschee. Dabei bleibt der Unterricht in der Hand einer Volkshochschulkraft. Andere Projekte werden vom Quartiermanagement oder anderen Stellen inhaltlich geprüft. Dabei wird darauf geachtet, dass die TeilnehmerInnen auch mit der deutschen Kultur konfrontiert werden. All diese Projekte dienen der Integration und dem Dialog. Für Danschke sind sie jedoch eine symbolische Aufwertung des IZDB.

Laut dem Islamwissenschaftler und ehemaligen Quartiersmanager Reinhard Fischer ist Danschke generell negativ eingestellt gegenüber organisierter Religion. In einem hat sie freilich recht: Den Quartiersmanagern im

Wedding ist es noch nicht so recht gelungen, die weniger religiösen Orientalen einzubeziehen. Und auch der Dialog über weltliche Utopien des Islam ist in Mitte nicht besonders

ausgeprägt. Wenn der in Gang kommt, wird sich zeigen, ob jemand wie Hagen Streb in der Lage ist, ihn konstruktiv zu führen.

*Thomas Kilian
DIE LINKE im Wedding*

Thilo Sarrazin verzichtet auf fünf Lebensjahre

Ist die Bundesbank pleite?

Der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) will bekanntlich 2009 in den Vorstand der Bundesbank wechseln. Diese scheint jedoch von der weltweiten Finanzkrise heftig angeschlagen. In einem Interview im Magazin ‚Cicero‘ erklärte Sarrazin auf die Frage, was sein persönlicher Mindestlohn sei: „Für fünf Euro würde ich jederzeit arbeiten gehen. Das wären 40 Euro pro Tag.“

Ein fürstliches Einkommen, wenn man bedenkt, dass der Fettnäpfchentreter Sarrazin bereits vor Monaten erklärt hat: „Von den 128 Euro, die ein Hartz IV-Empfänger im Monat für

das Essen bekommt, kann man in der Tat ausgewogen und auskömmlich essen.“

Sein Bekenntnis zu seinem persönlichen Mindestlohn erweckt Hoffnung auf eine schnellere Sanierung des Landeshaushaltes. Sicher ist der Obersparmeister Berlins so konsequent, die Differenz zu seiner erhaltenen Senatorenvergütung in Höhe von rund 130.000 Euro jährlich in die Senatskasse zurück zu zahlen.

Die Entscheidung, künftig für 5 Euro zu arbeiten, hat Sarrazin wohl getroffen, bevor die Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht wurde. Hiernach leben Besserverdiener nämlich bis zu fünf Jahre länger als Männer mit niedrigem Einkommen.

Die Auswertung aus 5,2 Millionen anonymisierten Datensätzen von männlichen Rentnern führte zu diesem Ergebnis. Die Forscher führen dafür mehrere Ursachen an. So arbeiteten Beschäftigte mit höherem Einkommen eher in Berufen mit geringer körperlicher Belastung, hätten seltener mit existenziellen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen und eher das Geld für zusätzliche Gesundheits- und Altersvorsorge.

„Künftig würde die soziale Kluft bei der Lebenserwartung durch hohe Arbeitslosigkeit und Einschränkungen im Gesundheitswesen eher größer werden“, stellten die Forscher fest.

*Werner Schulten
DIE LINKE.Wedding*



Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) arbeitet für 5 Euro

Rentnergespräch

Luigi ist frohen Mutes

„Du, Nirschl? Ich kann immer noch nicht verstehen, was du eigentlich gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem hast. Solange es in einer Demokratie umgesetzt wird, bestimmt doch das Volk die Spielregeln.“

„Stimmt! Nach dem politischen Verständnis von Klein-Erna und Köstlmaier. Dass die Hartz IV-Gesetze, die Rente mit 67, die Kriegseinsätze im Ausland, und und und... gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung beschlossen wurden, dürfte selbst dir nicht entgangen sein.“

„Ja, das ist zwar so, aber oft weiß der normale Bürger nicht, was zu seinem Besten ist, da müssen die Politiker auch schon mal ge-

gen deren Willen entscheiden.“

„Da schau her, Köstlmaiers Weisheiten: von Demokratie schwätzen und sie gleich auf den Müll werfen. Nun gut, ich will dir mal einen anderen Aspekt aufzeigen. Die Geschichte handelt irgendwann in einem Land... nennen wir es einmal Illustalien. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen oder tatsächlichen Ereignissen sind rein zufällig. Also in diesem Illustalien gab es eine große Familie, die ihr Geld mit Drogenhandel, Schutzgelderpressung und ähnlichem ehrenwerten Handwerk verdiente. Über viele Jahrzehnte lebte man in friedlichem Nebeneinander mit der vom illustalienischen Volk gewählten Regierung.



Man unterstützte sich gegenseitig, respektierte sich und bis auf ein paar hundert Morde pro Jahr könnte man noch in Jahrhunderten bestens leben in Illustalien. Wenn da nicht einmal eine Regierung gewählt worden wäre, der auffiel, dass diese Familie ja gegen bestehende Gesetze verstieß und ihr den Kampf ansagte. In einer Krisensitzung des Vorstandes der Familie beschloss der Vater: Wir machen Luigi zum Präsidenten von Illustalien.“

„Aber Nirschl, ich denke, in dem Land würde die Regierung vom Volk gewählt?“

„Nun wart ´s doch ab, Köstlmaier. Der Vater stattete Luigi mit Haufen von gewaschenem Geld aus und trug ihm auf, so viele Zeitungen und Fernsender zu kaufen, wie er konnte. Und schon nach wenigen Jahren hatte Luigi das Volk davon überzeugt, dass nur er für Ruhe und Ordnung in Illustalien sorgen könne, so dass es ihn auch wählte. Seine erste Aufgabe bestand darin, die Hexenjagd auf seine Familie zu unterbinden. Nach acht Monaten lehnte sich Luigi selbstzufrieden zurück und ließ das Parlament wählen, wen es wollte. Bis er feststellte, dass auch diese Regierung versuchte, auf Einhaltung dieser unsinnigen Gesetze zur Korruptionsbekämpfung zu bestehen. Also mobilisierte er wieder mit seinem Medienimperium und ließ sich ein zweites Mal wählen. Jetzt sorgte er erst einmal dafür, dass die obersten Hexenjäger keinen staatlichen Schutz mehr erhielten und somit für seine Familienmitglieder wieder frei zum Abschuss waren.“

„Du meinst das symbolisch!? Also sie kamen in der Presse schlecht davon.“

„Nein, ich meine ´ zum Abschuss freigegeben ´ im Sinne einer Beretta. Dann sorgte er mit neuen Gesetzen und massivem Druck auf die Richterschaft des Landes, dass alle Urteile gegen ihn und seine engsten Familienmitglieder aufgehoben wurden. Wo das nicht

mehr möglich war, musste eine Amnestie her. Und wieder lehnte sich Luigi zufrieden mit sich zurück. Bis der Vater zu ihm kam: ‚Luigi, du Nichtsnutz, hast du vergessen, dass da noch ein Prozess gegen dich läuft, bei dem dir acht Jahre Haft drohen? Mach dich sofort auf den Weg, werde wieder Präsident und bring das in Ordnung.‘ Und Luigi machte sich auf den Weg, kurbelte sein Medienimperium wieder an und ließ sich ein drittes Mal wählen. Auf dem Thron angekommen, stellte er fest, dass ihm die Zeit davon lief. Sein Plan, alle Inhaber eines hohen Staatsamtes mit Immunität auf Lebenszeit auszustatten, brauchte Zeit. Die aber hatte er nicht. Denn dieses unverschämte Gericht wollte schon in wenigen Monaten in seinem Prozess entscheiden. Dabei lag sein Vergehen schon elf Jahre zurück. Also lief er zum Vater und jammerte bitterlich: ‚Vater, was soll ich tun? Die wollen mich acht Jahre einsperren?‘ Der Vater aber war klug und weise, deshalb war er ja auch der Vater, und sprach: ‚Als erstes verlangst du die Absetzung dieses Richters, weil er seine Macht missbraucht. Und wenn das nicht klappt, dann schnürst du im Senat ein großes Sicherheitspaket, und da versteckst du dann die Klausel, dass alle Gerichtsverfahren, die Vergehen betreffen, die länger als sechs Jahre zurück liegen, für ein Jahr ausgesetzt werden. Und in dieser Zeit musst du eben die Straffreiheit auf Lebenszeit für dich und deine Verwandten durchsetzen.‘ Und Luigi war wieder frohen Mutes.“

„Ja und weiter?“

„Was weiter?“

„Mensch Nirschl, wie geht die Geschichte aus?“

„Keine Ahnung, sie läuft noch, das Gesetz ist noch nicht durch. Lass uns zu Inge gehen. Wir können genauso gut bei einem Bier auf das Ende der Geschichte warten.“

Werner Schulten

Die Iren haben „Nein!“ zum Lissaboner Vertrag gesagt

Wenn das Volk entscheiden darf

Anno 2005: Am 29. Mai hat die Bevölkerung Frankreichs und am 1. Juni die Bevölkerung der Niederlande den Entwurf der EU-Verfassung in Volksabstimmungen eindeutig abgelehnt. Das Volk besiegelte das „AUS“ dieses Prozesses.

In der Folge berieten Europas Mächtige darüber, wie man dem Volk das „Maul stopfen“ und dennoch einen Vertrag im Range einer Verfassung für Europa „demokratisch“ installieren kann?

Am 24.06.2008 hat Dr. Diether Dehm, MdB DIE LINKE über den Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Andreas Fisahn Verfassungsbeschwerde gegen das Zustimmungsgesetz zum Lissaboner Vertrag eingelegt.

Die Antwort: Man ergänze bestehende Verträge wie den EU-Vertrag von Maastricht (zuletzt geändert in Nizza 2001) um wesentliche Teile des abgelehnten Verfassungsentwurfs. Somit entfielen die Volksentscheide in Frankreich und den Niederlanden bei der Ratifizierung.

Die „klugen“ Politiker entscheiden nun selbst, was dem Volk gut tut! Man muss nicht

länger auf den Volkswillen hören, das ein für soziale Gerechtigkeit eintretendes, die Erde als Existenzraum sicherndes und für Frieden durch Abrüstung kämpfendes Europa will.

Nur die Regierung Irlands musste ein Referendum für den „Lissaboner Vertrag zulassen! Und fiel mit Pauken und Trompeten durch! Bei einer Wahlbeteiligung von für Irland beachtlichen 53,1 Prozent stimmten 53,4 Prozent gegen den Vertrag.

Das „NEIN“ kam aus den Arbeitervierteln und Menschen der ländlichen Regionen. Sie konnten nicht ausmachen, dass ihnen diese Reform die nötige Zukunftssicherheit bietet.

In diesem Sinne: Dank den Iren, und ich bleibe dabei: Selbstbestimmung der Völker durch Volksentscheid ist wahre Demokratie.

Bernhard Tornow

DIE LINKE im Wedding

Die SPD-Lösung zur Bekämpfung der Kinderarmut

Mehr Geld für Kinder reicher Eltern

Die Trickser der SPD versuchen wieder einmal, den Wählern vorzugaukeln, sie würden linke Politik betreiben. Um die Kinderarmut zu bekämpfen, haben sie eine Offensive gestartet, das Kindergeld bzw. den Kinderfreibetrag zu erhöhen.

Wohl wissend, dass dies zwar Familien mit Kindern zugute kommt, durch die Möglichkeit des Steuerfreibetrages natürlich insbesondere denen mit hohem Einkommen, aber den Familien, die unterhalb der Armutsgrenze le-

ben, keinen einzigen Cent mehr bringt. Wird doch das Kindergeld in vollem Umfang auf Sozialhilfe und ALG II voll angerechnet.

Im Klartext: Bei einer Kindergelderhöhung um 30 Euro würde die ausgezahlte Sozialleistung für Kinder um 30 Euro gekürzt. Kinderarmut kann man aber nicht damit bekämpfen, dass man allen Kindern mehr Geld gibt, außer denen, die von Armut betroffen sind. Welch ein schändliches Gaukelspiel.

Werner Schulten

Dem Bundestag war die Anhörung zum Regelsatz eine Stunde wert

Presseerklärung der Landesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen

Anlässlich der Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag zum Regelsatz im SGB II (Hartz IV) erklärt der Sprecher der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen der LINKEN, Werner Schulten bei der Kundgebung von Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften vor dem Brandenburger Tor:

„Eine Regelsatzerhöhung auf 435 Euro ist ein dringendes Gebot der Stunde! Der momentane Eckregelsatz ist unhaltbar, da der Ermittlung der Regelsatzhöhe die Verbräuche der Ärmsten unter den Armen von 2003 zugrunde liegen. Die katastrophale Lage der Betroffenen wird jedoch noch verschärft durch die Nichtberücksichtigung der überproportional gestiegenen Preise und die Koppelung an den jährlich aktualisierten Rentenwert, der an die stagnierende reale Lohnentwicklung gebunden ist.

Doch auch eine Regelsatzerhöhung ist nicht mehr als ein Herumdoktern an den Symptomen. Arbeitszwang und Repressionen bleiben für Millionen Erwerbslose bestehen, ebenso die Notwendigkeit der Beantragung ergänzender Sozialleistungen durch viele Beschäftigte. Darüber hinaus wird die Nichtinanspruchnahme von Leistungen (verdeckte Armut), die eine Folge diskriminierender und stigmatisierender Bedürftigkeitsprüfung ist, nicht beseitigt.

Armut trotz Arbeit beziehungsweise verdeckte Armut lassen sich nur verhindern durch die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns in Verbindung mit einem Bedingungslo-

sen Grundeinkommen (BGE), das allen Menschen die Teilnahme am soziokulturellen Leben ermöglicht. Hartz IV muss weg, ein Bedingungsloses Grundeinkommen muss her! Das fordern die unabhängige Erwerbslosenbewegung und viele Linke. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE hat diesbezüglich ein Konzept für ein BGE entwickelt.

Die der Marktlogik folgende Senkung von Arbeitslöhnen, um die Erwerbslosenzahlen 'in Grenzen' zu halten, kann keine Antwort auf die Probleme einer technologisierten Produktionsgesellschaft sein, die an sich gar kein Problem darstellt, sondern die Marktorientierung von Arbeit.

Vielmehr ist eine andere Verteilung der Wertschöpfung einer modernen Gesellschaft Voraussetzung für eine sinnvolle, nicht entfremdete Arbeitswelt, die sich nicht nur auf Erwerbsarbeit beschränken darf. Der Reichtum der Gesellschaft ist heute nicht mehr allein davon abhängig, wie viele Menschen in der Warenproduktion tätig sind, sondern davon, wie das gesellschaftliche System in seiner Gesamtheit funktioniert.“

Adeline Otto

Das Grundeinkommenskonzept der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE ist abrufbar unter www.die-linke-grundeinkommen.de
Weitere Informationen zum Thema: www.grundeinkommen.de

Bericht aus der BVV

Im letzten Monat vor der Sommerpause ging es in der Bezirkspolitik unter anderem um den Ergänzungsplan 2009, die Parkraumbewirtschaftung, einen Informationsbrief zu Kindertagesstätten und eine Fachtagung zum Thema „Strategien gegen Armut“.

Im Hauptausschuss wurde bekannt gegeben, dass es für das Jahr 2009 eines **Ergänzungsplans** bedarf. Es wird zu weiteren Kürzungen in Millionenhöhe kommen. Die CDU stellte für die anstehenden Haushaltsverhandlungen Bedingungen, die auf eine Intensivierung der Kürzungen in sozialen Bereichen hinauslaufen.

Das Bürgerbegehren gegen die **Parkraumbewirtschaftung** hat die erforderlichen Unterschriften zusammen. Ende des Jahres werden die Bürgerinnen und Bürger darüber abstimmen können, ob die Parkraumbewirtschaftung in einigen Straßenzügen des Altbezirks Mitte bestehen bleibt.

SPD und CDU lehnten kommentarlos den Antrag ab, dass alle Eltern, die ihr Kind bis zum dritten Lebensjahr nicht in einer Kita angemeldet haben, schriftlich auf die Möglichkeiten des Kita-Besuchs hingewiesen werden. In diesem **Kita-Informationsschreiben** sollte auf die besondere soziale und sprachliche Integrationsförderung der Kindertagesstätten, deren positive Wirkung auf die Bildungserfolge der Kinder und die Gebührenfreiheit im dritten Jahr aufmerksam gemacht werden.

Mit großer Mehrheit wurde das Bezirksamt ersucht, die zur Verfügung stehenden Daten über die soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung im Bezirk zusammenzustellen, zu veröffentlichen und als eine Grundlage für eine **Fachtagung zum Thema „Strategien gegen Armut“** zu nut-

zen. Auf dieser Tagung erarbeitete, aber nicht auf Bezirksebene umsetzbare Ergebnisse sollen verstärkt publiziert und an die zuständigen Adressaten gerichtet werden. Es bleibt abzuwarten, ob die örtliche SPD und die Grünen eine ernsthafte Aufarbeitung der Regierungspolitik ihrer Parteien beabsichtigen.

Stadtrat Gothe (SPD) und die Grünen kündigten im Umweltausschuss die Ablehnung der Prüfung der Einrichtung eines **Hundeauslaufgebietes** westlich der Paulstrasse an. Begründet wurde die Haltung unter anderem damit, dass die Grünfläche dem Tourismus diene.

Die nächste BVV findet nach der **Sommerpause** am 18. September statt.

Zum Schluss etwas sehr trauriges. Wolfgang Krüger, Mitglied der Linksfraktion in der BVV Mitte, verstarb in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch nach langer Krankheit. Wir verlieren mit ihm einen aufrechten, liebe- und verständnisvollen Menschen, der sich Zeit seines Lebens für Solidarität eingesetzt und sie praktiziert hat. Einen Nachruf auf sein Lebenswerk wird hier demnächst veröffentlicht.



Kaspar Scholemann ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte

Wolfgang Krüger ist tot

Ein schwerer Verlust

DIE LINKE im Wedding trauert um ihren Genossen Wolfgang Krüger. Wolfgang verstarb nach langer schwerer Krankheit am 24. Juni. Bis zuletzt kämpfte er gegen die Krankheit an.

Bis zuletzt war er aktiv. Aktiv für unsere gerechte Sache. Über die Jahre stand Wolfgang immer auf der richtigen Seite der Barrikade. Als Sohn einer kommunistischen Arbeiterfamilie aus dem Wedding war sein politisches Leben davon geprägt, sich immer für die so genannten Verlierer oder Bedrohten in dieser Gesellschaft einzusetzen. Seine Entwicklung hatte viele Stationen: Er war aktiv im sozialistischen Jugendverband, aktiver Parteifunktionär, kämpferischer Gewerkschaftler und Betriebsrat, hartnäckiger Kommunalpolitiker und nicht zuletzt ein unermüdlicher Kiezaktivist.

Wolfgang war ein Mensch, der das Leben liebte, der seine politische Arbeit nie als Last empfand. Er war streitbar und tolerant. Seine Art, die Dinge zu betrachten und sich für den Fortschritt in der Gesellschaft einzubringen, wurde selbst von seinen politischen Gegnern geachtet. So gelang es ihm fast immer, dass aus notwendiger Gegnerschaft nie Feindschaft wurde.

Für DIE LINKE im Wedding war er ein wichtiges Bindeglied innerhalb unserer Partei. Für ihn war wichtig, dass er auch in gehobenen Positionen die Verbindung zur Basis als Voraussetzung für eine erfolgreiche linke Politik sah und für sie stritt.

Wolfgang fehlt uns, es fehlen uns sein Rat, seine Kritik, seine aktive Unterstützung und Aufmunterung. Er hat uns unter anderem auch



Wolfgang Krüger †

darin bestärkt, uns aktiv in den Kiez einzubringen und unsere kleine Kiezzeitung uff´n wedding herauszubringen.

Er hatte noch viel vor und große Pläne für seinen Sprengelkiez. Die Lücke zu schließen wird nicht einfach sein. Aber es ist nicht in seinem Sinne, aufzugeben oder die Sachen schleifen zu lassen. Von Wolfgang haben wir Arbeit geerbt, Arbeit und Aktivitäten für die Menschen in unserem Kiez.

Er hat uns große Stiefel hinterlassen, in die wir erst rein wachsen müssen.

Winfried Rietdorf für DIE LINKE im Wedding.

Wenn Betuchten, Hippen und Gut-Situierten aus Prenzlauer Berg der wilde Wedding schmackhaft gemacht werden soll.

Auf Safari im Wedding !

Verschlägt es einen rein zufällig mal vom Wedding aus in das sogenannte "Gleim-Viertel" in Prenzlauer Berg, jenes Viertel, das im Osten direkt an den ehemaligen Arbeiterbezirk angrenzt, kann man durchaus erst einmal verduzt sein. Hinter der 'natürlichen' Barriere von (z.T. ehemaligen) S-Bahn-, Regional- und Fernbahngleisen heißen die Kinder Svenja Luise, Kai Arne oder Balthasar Martin. Alles ist hübsch aufgeräumt und erfreut sich bestens des Lebens mit schicken Eltern-Cafés, Restaurants, Bars, Fahrrädern und noch schickeren Fahrradanhängern für die erhofft zukünftig erfolgreiche Brut.

Frau und Mann machen sich wenig Sorgen: Ein Baum hier, der gerettet werden soll, eine Straße dort, die nicht zur "Aldi-Straße" verkommen darf; unter dem Motto "Liebet Eure Feinde" einigt man sich mit den Trommlern aus dem Mauerpark, dass um Mitternacht Schluss sein solle mit Trommeln, und betet gemeinsam in jenem Park zu Beginn der Walpurgisnacht, dass alles friedlich bleibe. Man löst die Probleme so, wie es in Detmold, Bielefeld, Göttingen oder Hildesheim gängig ist, wenn sie vorkommen. So weit, so gut - oder auch nicht.

Es ist gar nicht so lange her, da ergab es sich, dass es auch mich zwecks eines Besuchs in dieses Viertel verschlagen hatte. Ein netter Nachmittag in Beschaulichkeit war garantiert. Auf dem Rückweg später fielen mir dann diese Werbeflyer an Mülleimern und Straßenlaternen auf. Die ersten hatte ich noch ignoriert, aber schließlich las ich doch durch, was dort geschrieben stand. "Nächste Ausfahrt Wedding" war zu lesen. Unter dem Slogan "Der innerstädtische Tourismus lebt! Kultur, Heimat, Globales, Geschichte, Traditionen, Glauben, Essen und Leben im Wedding" (!) wurde ganz im Trend geworben für Exkursionen zu Fuß oder Fahrrad in den Wedding! - Wie kann das sein? Was zum Teufel sucht der 'Gleim-Viertler' im Wedding? Und warum wissen die

Weddinger nichts davon, dass ihr Quartier zur innerstädtischen Tourismusszenerie erkoren wurde? - Nun, die Antworten sind leicht zu finden.

Die Grundtrieb solcher Aktionen ist Expansion! (Und Missionieren liegt bei einigen auch wieder voll im Trend.) Schaut man sich die Liste der Förderer und Unterstützenden an, vom Europäischen Sozialfonds über das Land Berlin, bis hin zur Degewo und dem Stadtteilmanagement Brunnenviertel, staunt man nicht schlecht, wer alles Geld bereithält, damit die Menschen aus dem Prenzlauer Berg verreisen können. Als Schirmherr hat man sogar Christian Hanke (SPD), Bezirksbürgermeister von Mitte, und seinen Amtspartner von Pankow gewonnen!

Folgendes Kalkül liegt auf der Hand:

Es ist schon hart, in einem Bezirk zu wohnen, wo Frieden und Harmonie an jeder Ecke wächst und gedeiht. Es ist nur völlig natürlich, daß sich irgendwann eine schier unerträgliche Langeweile breit macht. Das Leben wird sinnlos! Da kommt eine Safari in den wilden Wedding gerade recht. Nebenbei ist es ja auch gut für das eigene Ego, das (meist vermeintliche) Elend der anderen zu sehen. Glück gehabt, kann man dann sagen!

Man trifft sich also vor (!) dem Gleimtunnel

auf sicherem Terrain und bildet gut ausgerüstete (auf Wunsch gibt es das "Wedding-Survival-Pack") Gruppen, einige tragen zum Schutz vor Wilden Fahrradhelme. Kurz darauf vertrauen sich die Expeditionsteilnehmer in ihren Einheiten der Führung eines gut informierten, in den Dialekten und Sprachen des Zielgebietes sehr versierten Scouts an. Dieser profunde Spurenleser, der sein Wissen über die Bier-Sümpfe und die undurchdringlichen Döner-Wälder des Weddings gerne teilt, dieser absolute Kenner der einzelnen Spezies und ihrer Verhaltensweisen, er weiß genau, wer oder was beißen kann und nicht, gibt noch die Parole an seine Schützlinge aus, ja dicht beieinander zu bleiben und umgehend zu melden, wenn jemand verloren gegangen ist, bevor es

und Kiezprojekte" zeigen möchte. Es heißt, "er plaudert gerne aus dem Nähkästchen". Da freuen sich bestimmt die Eingeborenen.

Jedoch, der ernste Teil des Ganzen ist, dass über solche Aktionen der Wedding schmackhaft gemacht werden soll. Die Mieten sind hier „noch“ relativ günstig, Prenzlauer Berg ist teuer und platzt aus allen Nähten. Neuer Wohnraum für Svenja Luise, Kai Arne oder Balthasar Martin muß 'ausgekundschaftet' werden. Der Wedding wird vermarktet, und wer hier bisher gewohnt hat, muss irgendwann gehen oder zahlt die Miete, damit er weiter im Wedding, aber dann hipp und smart im Ambiente vergangener Bandenkriegs- und Verelendungstage, wohnen darf.

Vielleicht sollte man den netten Damen und Herren vom Leopoldplatz mal das "Gleim-Viertel" empfehlen: Gepflegte Parks, Spätkauf, das Pilsator kostet nur 49 Cent und Bänke in Hülle und Fülle zum Platte-Machen.

Am Samstag, dem 12. Juli 08, ab 13.00 h ist eine weitere "Ausfahrt" geplant. Ein herzlicher Empfang im Gleimtunnel, man erinnere an die 'angemeldete' Tradition der "Wasserschlacht" auf der Oberbaumbrücke, wäre doch ein bewegendes Willkommen für beide Seiten. - Wer den Zoo

sucht, sollte ihn auch finden.

A., Janoph



schließlich gemeinsam durch den schlickerigen Schlund des Gleimtunnels geht (oder fährt) hinüber in das unbekannte, von Sozial-Terror heimgesuchte Land. Einige Betuchte müssen sich, allein schon um ihren Status zu zeigen, in Rikschas auf den Weg machen. Einer der ambitioniertesten Scouts, Jürgen B., er lebt sogar unter den Einheimischen und wird als der Wedding-Spezialist schlechthin gehandelt, wagt sich tatsächlich mit seinen nimmermüden Neugierigen in das "Weddinger Hinterland", wo er "ungewohnte Einblicke in Kiez

Verweisende Internetseiten:

- <http://ausfahrtwedding.blogspot.com/>
- <http://www.hauptstadtblog.de/article/3486/naechste-ausfahrt-wedding>
- <http://www.mauerpark.info/?p=155>
- <http://www.berlin.de/ba-mitte/aktuell/presse/archiv/20070621.1425.80515.html>
- <http://www.gleimviertel.de/archives/author/frauke/>
- <http://www.mauerpark.info/?p=267>
- <http://www.deinkiez.de/easytool/index/8267/>
- <http://www.efg-zoar.de/GMBrief4.pdf>
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Wasserschlacht>

Bürgerangebote

LinksTreff

kostenlose Beratung zu Hartz IV/Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete

jeden 1. und 3. Mittwoch 17-19 Uhr
durch RAe René Wenker und Michael Groß

Informationen zu Hartz IV/MigrantInnen-treff
jeden Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr

kostenlose Hausaufgaben-/Schülerhilfe
Anmeldung montags von 16.00 - 19.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit dem Bezirksverordneten Kaspar Scholemann
jeden 2. Freitag von 16.00 bis 18.00 Uhr

Informationen zur Basisorganisation der LINKEN im Wedding
montags bis freitags von 16.00 - 19.00 Uhr

Fördermitglied werden

Der **LinksTreff Wedding e.V.** tritt für die Prinzipien der Freiheit und Würde des Menschen, für Demokratie und Humanismus in allen Belangen der Bevölkerung ein, insbesondere der BürgerInnen der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen.

Gerne senden wir einen Fördermitgliedschaftsantrag zu. (Mitgliedsbeitrag ab 5 Euro)
Einzelspenden sind selbstverständlich jederzeit willkommen.

LinksTreff Wedding e.V.

Berliner Sparkasse

BLZ 100 500 00

Kto. 660 308 77 13

Veranstaltungen

LinksTreff

Montag, 14. Juli 08 19.00 Uhr

Die Anerkennung des Kosovo - Bruch des Völkerrechts als Strategie zur Durchsetzung einer neuen Weltordnung - Alexander Neu

Montag 15. September 08 19.00 Uhr

Die Militarisierung der EU - Martin Hantke

Montag, 20. Oktober 08 19.00 Uhr

Marx, Keynes und Co. - braucht DIE LINKE eine neue Wirtschaftspolitik? - Uwe Hiks

Sprengelkiez

Donnerstag, 10. Juli 08 19.30 Uhr

„Joker“ Sprengelstr/Ecke Torfstr.

DIE LINKE im Sprengelkiez stellt sich vor

Samstag, 12. Juli 08 11.00 - 21.00 Uhr

Sparrplatzfest

Impressum

uff'n wedding wird im Eigendruck herausgegeben vom LinksTreff Wedding e.V.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel. 28 70 57 51

email: uffnwedding@linkstreff.de

web: www.linkstreff.de